



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

43. Sitzung (öffentlich)

7. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1 | Projekt „Open Sunday“ | 5 |
| | <ul style="list-style-type: none">– Gespräch mit Professor Dr. Ulf Gebken und Sophie van de Sand, Institut für Sport- und Bewegungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen (<i>PowerPoint-Präsentation s. Anlage 1</i>)<li style="padding-left: 40px;">– Vortrag<li style="padding-left: 40px;">– Wortbeiträge | |
| 2 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)
<i>(Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Tischvorlage 1 [s. Anlage 2])</i> | 14 |
| | <p>Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Drucksache 17/7800 (Ergänzungsvorlage)
Einzelplan 07</p> <p>Vorlage 17/2371 (Erläuterungsband zu Einzelplan 07)
Vorlage 17/2528 (Einführungsbericht des Ministers)
Vorlage 17/2603 (Beantwortung der schriftlichen Fragen der Fraktionen)</p> | |

- Einzelberatungen sowie abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (s. *Tischvorlage 1*) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss stimmt den für den AFKJ relevanten Kapiteln in Einzelplan 07 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

3 Jeder Fall ist ein Fall zu viel – alle Kräfte mobilisieren für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch **23**

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5066 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 17/673 (Anhörung vom 24. Juni 2019)

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- keine Wortbeiträge

Die Beratung des Tagesordnungspunkts wird auf Wunsch von Jens Kamieth (CDU) vertagt.

4 Sachstand im Fall Lügde und Impulspapier des MKFFI zur Diskussion von Maßnahmen **24**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1887
Vorlage 17/2047
Vorlage 17/2275
Vorlage 17/2297

- mündlicher Bericht der Landesregierung

- Wortbeiträge

5 Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung 29

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6726

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6838

Ausschussprotokoll 17/753 (Anhörung vom 30. September 2019)

– Wortbeiträge

6 Intersexuelle Menschen nicht länger pathologisieren 52

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3027

Ausschussprotokoll 17/510 (Anhörung vom 17 Januar 2019)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Die Beratung des Tagesordnungspunkts wird auf Wunsch von
Josefine Paul (GRÜNE) vertagt.

7 Bildungsgerechtigkeit herstellen und Lehrkräftemangel gemeinsam bekämpfen – Alle Akteure an einen Tisch! 53

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7541

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der im
federführenden Ausschuss für Schule und Bildung durchzu-
führenden Sachverständigenanhörung zu beteiligen.

8 Wie will die Landesregierung flexible und bedarfsgerechte Betreuungsangebote sicherstellen? *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])* **54**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2658

– keine Wortbeiträge

Die Beratung des Tagesordnungspunkts wird auf Wunsch von Dr. Dennis Maelzer (SPD) vertagt, mit der Bitte, den Bericht um Antworten auf bisher nicht beantwortete Fragen zu ergänzen.

9 Verschiedenes **55**

– keine Wortbeiträge

* * *

5 Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6726

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6838

Ausschussprotokoll 17/753 (Anhörung vom 30. September 2019)

(10. Juli 2019: Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

Jens Kamieth (CDU): Ich möchte einen Dank an die Referenten voranstellen, die die Anhörung ein Stück weit vorbereitet und strukturiert haben. Das hat gut geklappt; vielen Dank dafür. Ich glaube, dass dieser Punkt, der vielleicht einer der wichtigsten ist, die wir in dieser Legislaturperiode hier im Ausschuss beraten, es verdient, dass man sich ihm strukturiert und geordnet widmet. Vielen Dank also an die Referenten und natürlich auch an die Leitung der Anhörung.

Worum geht es uns? – Wir haben schon im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir die Kindertagesbetreuung strukturell besser finanziell ausstatten wollen, dass wir sie auskömmlich finanzieren wollen, dass wir einen großen qualitativen Schritt nach vorne gehen – und das auch noch nachhaltig finanziert. Zusätzlich sichern wir den Kitaplatzausbau ab. Das sind die Kernpunkte, die wir mit dem KiBiz angehen. Ich will nicht auf die Details eingehen.

Die Anhörung hat uns gezeigt, dass nicht alles anders wird, aber vieles besser. Ich will die für uns wichtigsten Punkte benennen. Der ganz entscheidende Punkt ist natürlich zunächst die Frage der Auskömmlichkeit. Die kommunalen Spitzenverbände haben bestätigt, dass mit Blick auf die Finanzausstattung und die vorgesehene Indizierung eine finanzielle Auskömmlichkeit des neuen Kinderbildungsgesetzes gegeben ist. Damit schaffen wir es endlich, die strukturelle Unterfinanzierung des Systems der Kindertagesbetreuung zu überwinden. Wir schaffen jetzt das, worauf die Akteure im Grunde genommen seit Inkrafttreten des KiBiz gewartet haben, weil eben nie evaluiert worden ist und die Punkte im Grunde genommen jetzt erstmals in dieser Deutlichkeit aufgearbeitet worden sind. Wir bringen das KiBiz jetzt qualitativ weit nach vorne.

Ganz wichtig – auch aus vielen Gesprächen, die natürlich wir alle mit den Akteuren vor Ort, mit Landesverbänden, mit Trägern, Erzieherinnen, Elternverbänden usw. geführt haben – ist die große Sorge der Träger im Hinblick auf die freiwilligen Betriebskostenzuschüsse. Da haben die kommunalen Spitzenverbände gesagt, dass sie eine Abfrage

vorgenommen haben und dass nach dem Ergebnis der Abfrage weiterhin davon ausgegangen werden kann, dass freiwillige Betriebskostenzuschüsse seitens der Kommunen gewährt werden. Das ist sicherlich ein ganz wichtiges Ergebnis der Anhörung.

Die Platzausbaugarantie ist finanziell stabil hinterlegt. Wir hatten die Summe 140 Millionen Euro vorhin schon einmal genannt. Die Freie Wohlfahrtspflege hat bestätigt, dass das eine stabile Summe ist, um die Platzausbaugarantie mit Leben zu füllen und den Ausbau voranzutreiben.

Dann hat beispielsweise Frau Steinhauer-Lisicki von den Johannitern zu Protokoll gegeben, dass die Träger strukturell entlastet werden. Die Personalkosten sind perspektivisch und dynamisch an den tariflichen Erhöhungen ausgerichtet. Das ist ein großer Schritt nach vorne. Und der Zuschuss für die Verwaltungskosten ist von bisher 2 % auf 3 % gestiegen. Das ist eine gute Voraussetzung.

Im Grunde genommen sagen ja auch die Wohlfahrtsverbände, dass die Personalkosten mit den 750 Millionen Euro, die zur Hälfte vom Land und zur Hälfte von den Kommunen getragen werden, auskömmlich finanziert sind.

Es stellt sich dann tatsächlich die Frage der Sachkosten. Schon zu Beginn des Jahres – im Februar ist es, meine ich, gewesen – ist die Forderung der Kirchen und der Freien Wohlfahrtspflege auf den Tisch gekommen, dass, wenn ich mich richtig erinnere, 570 Millionen Euro finanziert werden müssten, um die Sachkosten abzudecken. Diese Zahl hat sich in der Folgezeit verfestigt – aber eben nur die Zahl und keine Argumentation. Es ist nie Fleisch an den Knochen gekommen.

Wir haben dann danach gefragt, wie diese Zahl erhoben worden ist und wie belastbar diese Forderung nach 570 Millionen Euro ist. Herr Kessmann hat darauf wörtlich eingeraumt:

„Natürlich ist die Stichprobe in keiner Form einer statistischen wissenschaftlichen Auswahl unterzogen gewesen.“

Es ist letztendlich also eine nicht näher belegte Forderung aus dem eigenen Sud heraus. Und wenn die SPD jetzt damit durchs Land läuft, dass diese 570 Millionen Euro ausfinanziert werden müssten, ist das im Grunde genommen eine linkspopulistische Forderung. – Es tut mir leid, dass ich das so deutlich sage.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das müssen Sie alles mal den freien Trägern erzählen!)

– Das tue ich, und ich denke, die anderen Kollegen machen das auch.

Das Zitat von Herrn Kessmann steht so im Raum. Es ist nie etwas wissenschaftlich Aufgearbeitetes überreicht worden – und das, obwohl seit dieser Forderung mittlerweile neun Monate vergangen sind. Aber da ist einfach nichts gekommen.

Ich denke aber, dass das Angebot der Landesregierung steht, über die Sachkosten im Gespräch zu bleiben. Auch im Rahmen einer Evaluation, die in den letzten sieben Jahren nicht stattgefunden hat, kann man sich eine solche Position gerne anschauen. Aber wir sind jetzt bei der Auswertung der Anhörung, und da ist ein ganz wesentliches Ergebnis: Diese Zahl ist nicht wissenschaftlich belegt.

Der nächste Punkt ist: Wir haben für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf viel getan. Unternehmer nrw hat klargestellt, dass die 100 Millionen Euro – aufwachsend – in diesem Bereich ein wichtiger Schritt sind. Letztendlich kommen wir als NRW-Koalition damit einer ganz wichtigen Forderung nach, und zwar nicht nur der Unternehmerverbände, sondern auch die Eltern haben das immer wieder gefordert.

Die Kindertagespflege wird finanziell besser ausgestattet. Die Arbeitsbedingungen für Tagespflegepersonen verbessern sich erheblich. Die Fachberatung wird strukturell verankert. – Der Landesverband der Kindertagespflege hat gerade diese letzten Punkte ausdrücklich begrüßt.

Zum Stichwort „Fachkräftegewinnung“: Das ist sicherlich eines der ganz wesentlichen Themen, bei denen das KiBiz als solches nur einen kleinen Teil beitragen kann. Aber auch das tut es natürlich, zum Beispiel durch die Ausbildungszuschüsse: Die Träger bekommen bis zu 8.000 Euro für Auszubildende; konkret für PiA-Auszubildende im ersten Jahr. Das findet große Anerkennung bei den Gewerkschaften; die komba hat es ausdrücklich begrüßt und gelobt.

Die Rahmenbedingungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kitas werden sich auch verbessern. Das ist zum einen durch die Leitungsfreistellung begründet, die erstmalig gesetzlich verankert wird. Das gilt auch für Verfügungszeiten, die hier auch geregelt sind. Auch hier haben die Gewerkschaften gesagt, dass das ganz klar eine Forderung ist, die sie immer wieder erhoben haben. Wir packen es an, wir erfüllen diesen Wunsch jetzt – zumindest in einem ersten Schritt.

Noch einmal als Querschnitt: Wir haben Demokratie und Partizipation sehr ausdrücklich im KiBiz geregelt und damit verankert. Ich glaube, dass es gerade in der derzeitigen Situation, in der wir uns über viele Wahlergebnisse nur wundern können, wichtig ist, jungen Menschen praktisch schon mit der Muttermilch Partizipation mit auf den Weg zu geben. So sehen es auch die Sachverständigen. Das ist eigentlich von allen gelobt worden – ich verweise auf die Johanniter.

Sie sehen: Es gibt viele gute Ergebnisse. Sicherlich gibt es auch andere Ergebnisse, das will ich aber den Kollegen der Opposition überlassen. Mir bleibt es, für die CDU-Fraktion ein ganz herzliches Dankeschön an alle zu richten, die sich sehr konstruktiv auf diesem Weg eingebracht haben – mit vielen guten Veranstaltungen, in Werkstattgesprächen, in Vor-Ort-Terminen.

Ich glaube, dass es wenige Gesetzvorhaben gibt, die einen so transparenten und klaren Weg genommen haben und bei denen wir uns auch Zeit genommen haben, wirklich mit allen zu sprechen. Wir haben immer wieder neue Runden gedreht. Ich denke, dass wir auch noch einen Schritt nach vorne kommen, was den Inhalt des KiBiz betrifft. – Damit bedanke ich mich und freue mich jetzt auf die Gegenrede.

Josefine Paul (GRÜNE): Herr Kamieth, es ist gut, dass Sie diesen Gesetzentwurf so ausführlich gelobt haben; denn so viele andere tun es ja nicht. Das hat die Anhörung sehr deutlich gemacht.

Sie haben Punkte hervorgehoben, bei denen wir durchaus auch sagen würden, dass es substantielle Verbesserungen gibt. Das betrifft zum Beispiel die Kindertagespflege

und auch die Fachberatung. Was aber auch sehr deutlich geworden ist, ist Ihr Umgang mit Kritik. Das finde ich in zunehmendem Maße irritierend.

Bei der Einbringung des Gesetzentwurfs erzählt der Minister im Grunde genommen, dass es ein bisschen Folklore ist, wenn Tausende Leute demonstrieren und wenn 80.000 Unterschriften übergeben werden. Sie stellen jetzt die komplette Kritik der Freien Wohlfahrtsverbände infrage, indem Sie im Grunde genommen die Sachkostenglücke einfach für erledigt erklären. Ich glaube, das ist ein unsachgemäßer Umgang mit denjenigen, bei denen Sie gerade noch gelobt haben, dass man so gut mit ihnen im Gespräch gewesen sei.

Ich vermute, das Bündnis „Mehr Große für die Kleinen“ war bei den Gesprächen irgendwie nicht dabei oder hat irgendwie den partizipativen Ansatz verpasst. Anders kann ich mir nicht erklären, dass 10.000 Erzieherinnen und Erzieher und auch Eltern hinten auf den Rheinwiesen sehr deutlich gemacht haben bzw. versucht haben, Ihnen deutlich zu machen, an welchen Stellen sie dringenden Änderungsbedarf sehen. Sie waren ja auch dort, und es ist ja auch gut, dass wir dort gemeinsam diskutiert haben. Was ist aber im Gesetzentwurf passiert? – Nichts.

Dann wurden 80.000 Unterschriften übergeben, und Sie haben sich alle konsequent geweigert, diese Unterschriften entgegenzunehmen. Wir haben das dann mal in konzertierter Aktion übernommen und konnten den Minister irgendwann dazu bringen, sie doch entgegenzunehmen. Wenn man sagt, dass dieser Gesetzentwurf vor allem für diejenigen sein soll, die in Kita unterwegs sind – das sind vor allem die Kinder und das Personal –, dann finde ich es ehrlich gesagt nicht nachvollziehbar, wie man mit der Kritik des Personals, wie sie sich im Bündnis „Mehr Große für die Kleinen“ formiert, umgeht. Aber das müssen Sie mit sich ausmachen. Ich finde, das ist ein unsachgemäßer Umgang, und ich finde diesen Regierungsstil auch ein bisschen ignorant.

Dann sind Sie vorhin zu den Kommunen gekommen, die alle einhellig begrüßt hätten, dass nun alles ganz toll sei. Ich glaube, bei der Anzahl der Kommunen in Nordrhein-Westfalen stellt sich das durchaus auch etwas differenzierter dar. Dagmar Becker, die Dezernentin aus Solingen, hat deutlich gemacht, dass nicht auf allen Seiten gleichermaßen große Freude erkennbar ist.

Und, Herr Kamieth, Sie haben gerade in einem Nebensatz erwähnt, die gute Nachricht sei, dass die kommunalen Spitzenverbände in der Anhörung erklärt haben – das haben sie tatsächlich –, dass sie davon ausgehen, dass die freiwilligen Zuschüsse weiterhin gewährt werden. Das ist gut, aber dann seien Sie doch so ehrlich und sagen auch, dass im Grunde genommen die Kommunen diejenigen sind, die eine Hauptlast an ihrem Gesetz tragen, indem viele von ihnen zusätzlich zum verabredeten Finanzierungsanteil noch freiwillige Zuschüsse gewähren und indem viele von ihnen zusätzlich weiterhin die Trägeranteile übernehmen werden.

So wird es sein, und anders als durch die Übernahme der Trägeranteile werden die Trägeranteile auch weiterhin nicht zu finanzieren sein. Sie wissen selbst, dass man die Trägeranteile nicht aus den KiBiz-Mitteln entnehmen darf. Wo soll dann also bitte jetzt das zusätzliche Geld herkommen, das vorher bei den Trägern schon fehlte, wenn es

nicht irgendwo einen versteckten Topf der Landesregierung gibt, der Trägeranteile herüberschiebt?

Es gibt also wirklich noch einen größeren Anteil, der durch die Kommunen freiwillig übernommen wird. Das lassen Sie immer so ein bisschen unter den Tisch fallen. Ich finde, das gehört zur Wahrheit dazu. Ich will das nicht „versteckte kommunale Kosten“ nennen, aber ein bisschen wirkt es so, weil Sie es gewissermaßen als Mitnahmeeffekt für Ihr tolles Gesetz verbuchen.

Es ist eine große Anstrengung der Kommunen, dass Ihr Gesetz überhaupt ansatzweise funktioniert. Aber es wird sich erst zeigen, inwieweit es tragfähig ist. Denn auch, wenn Sie die Sachkostenlücke hier mal eben für erledigt erklärt haben, ist es so: Wenn die Freie Wohlfahrtspflege bei der Sachkostenlücke auf 570 Millionen Euro kommt, dann mag es sein, dass Sie miteinander noch einmal austarieren müssen, wie die genaue Berechnung ist, ich bin mir aber sehr sicher, dass die Berechnung nicht sofort bei null landen wird. Da bin ich mir zu 100 % sicher. Das heißt, es gibt im System eine Sachkostenlücke, und wenn Sie diese nicht schließen, dann werden Sie aus der KiBiz-Lücke eine Stamp-Lücke machen. Und die werden Sie dann im Gesetz strukturell forttragen. – So viel dann zur auskömmlichen Finanzierung.

Ich habe vorhin auch schon die Frage der Ausrichtung des Gesetzes angesprochen. Auf wen ist es ausgerichtet? – Das durch Sie vorgelegte Gesetz ist in allererster Linie ein Finanzierungsgesetz in der falschen Systematik. Deswegen wird sich die Tragfähigkeit des Gesetzes noch erweisen müssen. Aber dem Anspruch einer qualitativen Weiterentwicklung wird dieses Gesetz nun wirklich nicht gerecht.

In der Anhörung ist deutlich geworden, dass man davon ausgeht, dass die Personalkosten erst einmal auskömmlich sind – aber im vorhandenen System. Herr Kamieth, Sie haben gerade erwähnt, dass alle mit den Verfügungszeiten sehr zufrieden seien. Die sind jetzt mit 10 % angesetzt. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen: Wir brauchen 30 % Verfügungszeiten, um dem Anspruch in Kita gerecht zu werden. Das heißt: Von der ganz großen Zufriedenheit vermag ich hier noch nicht wirklich etwas zu entdecken.

Und was überhaupt nicht berücksichtigt worden ist, ist die Frage der Personalbemessung für Ausfallzeiten. Denn es sind eben nicht immer alle Erzieherinnen und Erzieher in der Kita. Dazu gibt es im Gesetz nur einen Verweis darauf, dass für die Ausfallzeiten die Träger zuständig seien. Das heißt: Die Verantwortung dafür, irgendwie für Ersatz zu sorgen, schieben Sie auf die Träger ab.

(Jens Kamieth [CDU] hält sein Mobiltelefon hoch.)

– Können Sie es einrichten, bei Ihrem Selfie zuzuhören, oder stört das jetzt? Es würde mir leid tun, wenn ich Sie störe. Ich finde, es wäre aber schon relevant, dass wir uns miteinander austauschen.

(Beifall von der SPD)

Sie schieben also die Verantwortung für das Schließen von Personallücken einseitig auf die Träger ab, ohne den Trägern zu sagen, wie sie das eigentlich bewerkstelligen sollen. Denn in der Personalbemessung ist diese Zeit überhaupt nicht abgebildet.

Dann noch etwas zum zweiten beitragsfreien Kitajahr. Uns eint in diesem Ausschuss sicherlich, dass wir perspektivisch die kostenfreie Bildung wollen. Die Wege dorthin sind aber sehr unterschiedlich. Wahrscheinlich haben Sie mit dem zweiten beitragsfreien Kitajahr bei der SPD durchaus Freunde gewonnen. Dass wir auch dem ersten beitragsfreien Jahr immer schon kritisch gegenüber standen, ist aber auch kein ganz großes Geheimnis.

Die Anhörung hat sehr deutlich gemacht, dass im Grunde genommen auch die Kommunen sich sehr gewünscht hätten, dass wir als Einstieg in die Beitragsfreiheit zur landeseinheitlichen Elternbeitragstabelle zurückkehren; denn das, was Sie hier mit dem Gießkannenprinzip machen, verfehlt jeden Anspruch an soziale und irgendwie geartete kommunalpolitische Steuerung. Sie bleiben damit bei dem Flickenteppich und geben die Verantwortung weiterhin an die Kommunen ab, anstatt einen substanziellen Beitrag für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu leisten.

Ich möchte, wie schon zu Beginn angemerkt, sagen: Schön, dass Sie Ihr Gesetz so loben; denn so viele andere tun es nicht. Das heißt, es wird leider dabei bleiben, dass über das Gesetz eine Kitafinanzierung geschieht und nicht eine qualitative Weiterentwicklung. Darüber würde ich mich in diesem Ausschuss gerne weiter austauschen, weil das etwas ist, woran wir gemeinsam weiterarbeiten müssen. Mit diesem KiBiz-Murks wird es aber dabei bleiben, dass wir in erster Linie darüber streiten müssen, wie wir das System überhaupt am Laufen halten.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Das Gesetz ist sicherlich und ohne jeden Zweifel eine Weiterentwicklung der Finanzierung der Kitalandschaft. Das hat die Anhörung ergeben, und wir erkennen auch an, dass es dort Verbesserungen gibt.

Allerdings heißt das Gesetz eben nicht „Weiterentwicklung der Finanzierung der Kita“, sondern „qualitative Weiterentwicklung der frühen Bildung“. Zahlreiche Sachverständige haben in der Anhörung Hinweise dazu gegeben, dass es große Bedenken gibt, ob es tatsächlich zu einer Weiterentwicklung der Qualität der Bildung käme.

Die Qualität der Bildung steht und fällt sicherlich mit der Personal-Kind-Relation. Auch die Stellungnahme der Bertelsmann Stiftung und die persönlichen Ausführungen der Vertreterin der Stiftung in der Anhörung haben deutlich gemacht, dass im Iststand die nötige Personal-Kind-Relation nicht erreicht wird, sodass die Experten davon ausgehen, dass das Kind von dieser frühkindlichen Bildung gar keinen Benefit mehr hat. Deshalb wird immer wieder betont, warum diese Relation so wichtig ist. Das waren unserer Meinung nach sehr bemerkenswerte und auch bedenkliche Aussagen.

Die anwesenden Gewerkschaften haben deutlich gemacht, dass die Reserve an potenziellen Erzieherinnen und Erziehern ihrer Meinung nach ziemlich erschöpft ist. Dass natürlich mehr in die Ausbildung und insbesondere in die PiA-Ausbildung investiert wird, erkennen wir an. Wenn aber nach der Ausbildung der Beruf als solcher nicht attraktiver ist, wird auch eine Verbesserung der Ausbildungsbedingungen nicht mehr Menschen dazu animieren, den Beruf zu ergreifen. Wir sehen uns durch die Aussagen

der anwesenden Sachverständigen und die schriftlichen Stellungnahmen darin bestätigt, dass das System der frühkindlichen Bildung, wie es jetzt gestaltet ist, mittelfristig an seine Grenzen stoßen wird.

Auch die Aussagen der kommunalen Spitzenverbände haben deutlich gemacht – das wurde vorhin schon erwähnt –, dass der gesetzliche Anspruch auf die OGS kommen wird und man dem aufgrund der prekären Lage hinsichtlich des Personalmangels mit Grauen entgegengeblickt. Dann gibt es auch da wieder konkurrierende Systeme, die im Prinzip auf dieselben potenziellen Mitarbeiter zugreifen.

Wir finden es des Weiteren sehr bedauerlich, dass es bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die immer hochgehalten wird, keine weiterführende Idee für mehr Betriebskindergärten gibt und dass die unabhängigen freien Träger weiterhin vom Finanzierungssystem ausgeschlossen sind. Wir finden es außerdem sehr interessant bzw. sehr verwunderlich, dass an diesem Kurs auch in dieser Gesetzesreform festgehalten wird, ohne sich neue Wege zu überlegen, wie man gegebenenfalls das frühkindliche Bildungssystem entlasten kann.

Denn sieht man sich die aktuellen Zahlen an: Wir haben bei der U3-Betreuung eine Betreuungsquote von etwas über 27 %, der Betreuungsbedarf liegt mittlerweile aber bei fast 50 %. Selbst als der gesetzliche Anspruch 2013 festgeschrieben wurde, ging man von einer Auslastung von 30 % aus – so wurde es damals zumindest verkündet. Das heißt also: Wenn der Bedarf wirklich gedeckt werden sollte, wären wir bei 50 %, und gerade die Kinder unter drei Jahren binden nun einmal das meiste Personal.

Der Istzustand ist schon kaum zu bewältigen, und dann kommt noch der gesetzliche Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung an den Schulen hinzu. Wir sind gespannt, wie dieses Gesetz einen Beitrag dazu leisten soll, dieses Dilemma, diese Misere in irgendeiner Form abzupuffern. Wir werden es deshalb nicht unterstützen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Weil Herr Kamieth darauf eingegangen ist, will ich eingangs noch etwas zur Struktur der Anhörung sagen. Ich habe den Eindruck gehabt, dass viele Expertinnen und Experten sich gewünscht hätten, mehr zu Wort zu kommen. Viele sind danach auf uns zugekommen und haben gesagt, dass leider keine Frage an sie gerichtet wurde und sie gerne noch einen Beitrag geliefert hätten.

Ich denke, wir haben uns da in ein etwas zu enges Korsett gezwängt. Das ist aber keine Kritik an den Referenten, sondern eine Überlegung dafür, wie wir es beim nächsten Mal vielleicht etwas besser machen können. Mehr Informationen machen die Arbeit im Landtag sicher nicht schlechter. Und vom zeitlichen Rahmen her sind wir auch gut hingekommen.

(Katharina Gebauer [CDU]: Wir waren doch früher fertig!)

– Das sage ich ja. Wir sind vom zeitlichen Rahmen her gut hingekommen. Deswegen hätten wir dieses enge Korsett hinsichtlich der Anzahl der Fragen, das wir uns selbst auferlegt haben, so gar nicht gebraucht. Vielleicht sollten wir das beim nächsten Mal etwas freier gestalten.

(Marcel Hafke [FDP]: Sie hätten doch noch Fragen stellen können!)

Wenn wir nun aber in die Auswertung der Anhörung einsteigen, dann ist ja immer das gewohnte Spiel, dass die regierungstragenden Fraktionen erkannt haben wollen, dass sie sehr viel Rückhalt für ihre Reformbemühungen verspürt haben, während die Oppositionsfraktionen eher für das Kritische zuständig sind. Um diesem Spiel vielleicht eine etwas neutralere Sicht zu geben, haben wir einfach mal einen Blick in die Zeitungen geworfen. Es waren ja viele Journalisten anwesend, die sich ein Bild von der Anhörung gemacht haben.

Da hieß es beispielsweise im „Westdeutschen Rundfunk“ – und das war noch die freundlichste Formulierung –: „Zweifel am schwarz-gelben Reformplan“. Die „Rheinische Post“ berichtete: „Kirchen fürchten um Kita-Vielfalt“. Die „Westfalenpost“ sagt: schlecht gemacht. Die „Neue Ruhr Zeitung“ spricht von viel Kritik am neuen Kitagesetz, und die „Neue Westfälische“ sogar von einem Verriss für die Kitareform. Das ist die Sichtweise derjenigen, die diese Anhörung beobachtet haben.

Wenden wir uns nun den Inhalten zu. Herr Kamieth hat davon gesprochen, dass jetzt das komme, worauf die Akteure lange gewartet hätten. – Wenn man sich diese Anhörung angehört hat, dann war eben das, was Sie uns vorgelegt haben, genau das, worauf die Akteure nicht gewartet haben.

Hört man sich die Landschaftsverbände an, sagen sie:

„Eine Sockelfinanzierung hätten wir begrüßt. Das hätte eine deutliche Entbürokratisierung ermöglicht. Über eine Sockelfinanzierung hätte man strukturelle Bedarfe insbesondere im Bereich der Inklusion anders abdecken können.“

– Das war der Landschaftsverband Rheinland, aber auch der LWL hat dazu ausgeführt:

„Wenn es eine Sockelfinanzierung gäbe, bin ich sicher, dass auch für Kinder mit Behinderung der Regelkindergarten um die Ecke viel häufiger die erste Wahl wäre.“

Die Freie Wohlfahrtspflege hat zu erkennen gegeben, dass sie eigentlich erwartet hätte, dass sich das Ganze um die Frage der Sockelfinanzierung und damit um ein System mit deutlich mehr Planungssicherheit dreht. Auch das ist nicht so gekommen.

Die Gewerkschaften haben ausgeführt:

„Auch wir haben die Sockelfinanzierung aufs Tapet gebracht, die für Planungssicherheit sowie eine auskömmliche Grundausstattung wichtig gewesen wäre.“

Die Bertelsmann Stiftung als wissenschaftliche Perspektive führt aus:

„Die Sockelfinanzierung steht ja aus betriebswirtschaftlicher Sicht für die Idee, dass sogenannte Fixkosten beim Betrieb von Einrichtungen, in diesem Fall von Kitas, berücksichtigt werden. Das wird unseres Erachtens durch die Pauschalen, so wie sie jetzt angedacht sind, ignoriert, weil wir eine hohe nachfrageabhängige Finanzierungssituation haben, insbesondere, wenn die Stichtage sehr eng getaktet sind.“

Und selbst die kommunale Seite – hier die Stadt Solingen – hat gesagt:

„Als finanzschwache Kommune hatten wir auf eine auskömmliche Finanzierung gehofft. Wir hatten uns Strukturreform und Sockelfinanzierung gewünscht ...“

Von daher: Es gibt eine breite Landschaft, die sich eine andere Reform gewünscht hätte. Deshalb müssen wir an dieser Stelle sowieso die Frage aufwerfen: Handelt es sich hier eigentlich um eine grundlegende Reform? – Ich würde sagen: Gemessen an dem, was uns die Experten ins Stammbuch geschrieben haben, ist das allenfalls eine Fortschreibung des bestehenden Systems. Deswegen wird man sagen müssen: Nach der Reform ist vor der Reform. Denn die entscheidenden Fragen im Bereich der frühkindlichen Bildung werden nicht gelöst.

So viel zur Frage der grundsätzlichen Ausrichtung. Wir kommen nun zur Frage danach, ob das System wenigstens auskömmlich finanziert ist. Da hat Herr Kamieth auf eine, wie ich finde, sehr bemerkenswerte Art und Weise die Kritik der Freien Wohlfahrtspflege gewürdigt.

Nun kann man sich natürlich darüber streiten, ob die Freie Wohlfahrtspflege eine wissenschaftliche Studie hätte in Auftrag geben müssen. Ich kenne aber auch von der Landesregierung bzw. von den regierungstragenden Fraktionen keine wissenschaftliche Studie zu dem, was Sie da ausgearbeitet haben. Denn in Wirklichkeit ist der Bereich der Sachkosten doch in Form eines Inflationsausgleichs für die vergangenen Jahre fortgeschrieben worden. Ob das wirklich den konkreten Bedarfen entspricht, ist nicht geprüft worden, und deshalb gibt es auch einen Dissens mit der Freien Wohlfahrtspflege, die sich die Zahlen ja nicht einfach aus den Fingern gesaugt, sondern sehr berechtigte Hinweise gegeben hat, dass eine Finanzierungslücke besteht.

Nun haben wir meines Erachtens durchaus die Situation, dass es im Bereich der Personalkosten einen Konsens über die Lücke gibt, die abgedeckt werden soll. Spricht man dann aber von Pauschalen: Eine Pauschale kann immer nur einmal verwendet werden. Auch da hat man nicht die Möglichkeit, das Geld für das Personal auszugeben, wenn es schon für Sachkosten ausgeben werden muss. Es ist deshalb eine ganz entscheidende Frage, ob mit diesem Gesetz auch Qualität hergestellt werden kann.

Der VWE sagt zum Thema „Qualität“:

„Die Qualitätssteigerung ist mit diesem Gesetz nicht so gegeben, wie sie erst einmal erscheint. Insbesondere die Gruppenform III fällt im Bereich der Fachkräfte ganz weit hintenüber und wird durch Ergänzungskräfte aufgestockt. Es ist eine der benachteiligtsten Gruppenformen, in der die Kinder von drei bis sechs Jahren betreut werden, die aber einen hohen Anspruch haben und ein hohes Maß an individueller Betreuung und individueller Förderung benötigen.“

Und denken wir an Herrn Böning vom Bündnis „Mehr Große für die Kleinen“:

„Wenn ich die Zahlen vergleiche, dann ist die Mindestanzahl an Fachkräftstunden in dem Gesetzentwurf identisch mit der von 2008. Wir haben nicht eine Minute Verbesserung darin.“

Und auch die Gewerkschaft komba bezweifelt, dass es sich um eine flächendeckende Qualitätssteigerung handeln kann und führt aus:

„Der eine schafft sich dann vielleicht den Hausmeister an, der andere legt Wert auf Hauswirtschaftskräfte, und wieder ein anderer sagt: Das brauche ich alles nicht, ich nehme nur pädagogische Fachkräfte. – Wie auch immer, es ist keine Empfehlung ausgesprochen worden.“

Von daher kann man beim besten Willen nicht von einer Verbesserung im qualitativen Bereich sprechen. Zumindest die Fachwelt bestätigt das hier nicht.

Qualität ist auch ein Thema bei der Kindertagespflege. Ja, da wird die Landesförderung für die Kindertagespflege angehoben. Ob das aber wirklich dazu führt, dass die Tagespflegepersonen mehr Geld in der Tasche haben, steht auf einem ganz anderen Blatt. Denn im Endeffekt entscheiden ja die kommunalen Jugendämter darüber, wie hoch die Vergütungssätze sind. Von daher hat das Land hier keine größeren Steuerungsmöglichkeiten gewonnen.

Entscheidend ist für die Qualität aber natürlich auch, wie dann die Arbeit ausgestaltet ist. Der Landesverband Kindertagespflege NRW hat dringend vor einer Ausweitung von Betreuungsverträgen, um mehr Flexibilität zu erreichen, gewarnt. Er hat darauf abgehoben, dass auch die Qualität beachtet werden muss. Insbesondere wurde die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass es zu einem Platz-Sharing kommen könnte, wenn wir die Zahl der Betreuungsverträge nach oben öffnen. Damit wären auch Qualitätseinbußen zu verzeichnen.

Ein großes Thema in diesem Gesetzentwurf ist die Flexibilisierung. Es wird viel suggeriert, was zukünftig alles möglich ist, aber auch da hat die Anhörung Wasser in den Wein gegossen. Die Freie Wohlfahrtspflege sagte:

„Stellen Sie sich vor, Sie haben 20 Kinder mit 35-Stunden-Verträgen, sollen aber eine Öffnungszeit von 45 Stunden abdecken, weil einige Familien ...“

... mehr Zeit benötigen.

– Dann ist das in diesem System so ohne Weiteres nicht abbildbar.

Und Flexibilität kann auch nur gelingen, wenn wir zusätzliche Initiativen für Fachkräfte haben. Herr Kamieth hat davon gesprochen, dass es jetzt eine Förderung für die Ausbildung gibt – 8.000 Euro und 4.000 Euro. Das will ich nur dezent kritisieren, ich möchte aber darauf hinweisen, dass es einen ziemlich ähnlichen Antrag der SPD-Fraktion schon im vergangenen Jahr gegeben hat. Da hätte allerdings die Förderung im ersten Jahr bei 10.000 Euro gelegen. – Aber ich nehme an, dass das dann Linkspopulismus gewesen ist.

Auch den Landeselternbeirat möchte ich gerne noch zu Wort kommen lassen, wenn es um den Bereich der Flexibilisierung geht. Er hat zum Ausdruck gebracht, dass es natürlich grundsätzlich der gewünschte Effekt ist, in diesem Zusammenhang für eine Flexibilisierung zu sorgen. Er hat aber auch gesagt, dass das Arbeitsleben sich auf die Bedarfe und Bedürfnisse von Familien ausgerichtet entwickeln muss.

Das kann man in der Tat nicht in einem KiBiz lösen, aber hier hat uns die Landesregierung zu verstehen gegeben, dass sie, was die Rolle der Arbeitgeber angeht, in erster Linie Best-Practice-Beispiele auf einer Internetseite veröffentlichen und nicht zu familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen kommen möchte – geschweige denn, irgendetwas festschreiben zu wollen. Wir glauben, der Landeselternbeirat hat hier vollkommen recht: Die Flexibilität eines Betreuungssystems ist das eine, es darf aber auch nicht sein, dass Familien ihre Kinder wegorganisieren müssen, um besonders arbeitsmarktfähig zu sein.

Zuletzt: Ja, die Beitragsfreiheit um ein weiteres Jahr, finanziert durch die Gute-KiTa-Mittel aus dem Hause von Franziska Giffey, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn das Land bereit wäre, hier auch selbst Anstrengungen zu unternehmen, wäre in der Tat aber deutlich mehr möglich.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass der größte Gegner in diesem Ausschuss in Sachen Beitragsfreiheit unser ehemaliger Koalitionspartner ist, der seine Kritik noch einmal zum Ausdruck gebracht hat. Ich bin nach wie vor der Überzeugung: Wenn man darüber jubelt, dass die Studiengebühren abgeschafft worden sind, dann darf man an der Stelle nicht stehen bleiben, sondern man muss in dem wichtigen Bereich der frühkindlichen Bildung erst recht damit anfangen. Und bei den Studiengebühren haben wir seinerzeit auch nicht über sozialverträgliche Beitragsstaffelung gesprochen.

(Beifall von der SPD)

Marcel Hafke (FDP): Ich bin ohne Worte. Anders ausgedrückt: Es war wie erwartet. Es wurden einzelne Sätze zitiert, die einem gerade passten.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Jetzt bin ich gespannt, welche zwei Sätze du findest!)

– Ich habe mir ganz viele Seiten aufgeschrieben, die ich zitieren könnte. Ich möchte aber im parlamentarischen Sinne die Argumente, die SPD und Grüne aufgeworfen haben, entkräften bzw. anders darstellen. Ich fange mal mit den Themen der Finanzierung und Auskömmlichkeit sowie mit der Kritikfähigkeit der schwarz-gelben Koalition an.

Wir haben natürlich das, was in den letzten Jahren seit Regierungsübernahme an Kritik an uns herangetragen wurde – übrigens auch schon in Oppositionszeiten – sehr ernst genommen. Deswegen haben wir uns auch sehr viel Zeit dafür genommen, mit verschiedenen Personen zu sprechen. Seit der Referentenentwurf und der Gesetzentwurf auf dem Tisch lagen, haben wir immer wieder verschiedenste Gespräche geführt. Wir hatten ein Werkstattgespräch mit über 400 Teilnehmern und auch das Bündnis war eingeladen. Es war auch vor Ort und hat Kritikpunkte geäußert. Auch mit dem Bündnis gab es mehrfach Gespräche.

Es wird – das kann ich in dieser Runde ankündigen – in der außerordentlichen Sitzung, in der wir die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs vornehmen werden, auch noch einige Änderungsanträge geben, weil wir natürlich im Verfahren feststellen, dass man an der einen oder anderen Stelle noch etwas präziser formulieren und nachjustieren muss, um den Betroffenen die Sorgen und Ängste zu nehmen. Das ist doch

vollkommen klar, wenn man ein so großes und umfassendes Gesetz auf den Weg bringt.

Ich würde mir für unsere Debatte allerdings wünschen, dass wir versuchen, uns mehr an den Realitäten zu orientieren und an dem, was überhaupt möglich ist. Jeder kann sich natürlich das Schönste ausmalen und sagen: „Wenn ich eine Gelddruckmaschine im Keller hätte, würde ich alles machen, was geht.“ – Ich bin der Letzte, der damit ein Problem hat, aber man muss natürlich schauen, wie es funktioniert.

Für das Funktionieren der Auskömmlichkeit ist natürlich entscheidend, die Kommunen an der Seite zu haben. Das ist im Übrigen das, woran das SPD-geführte Ministerium mit Frau Kampmann und Frau Schäfer gescheitert ist. Ich kann mich an eine Anhörung erinnern, in der Bernhard Tenhumberg massiv Druck gegenüber den Kommunen ausgeübt hat. Das war vielleicht ein langsamer Turnaround. Die kommunalen Spitzenverbände an die Seite zu holen, war die große Herausforderung, damit es überhaupt funktioniert.

Wir haben nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass von den 750 Millionen Euro die Hälfte von den kommunalen Verbänden übernommen wird. Und das ist auch richtig, gut und wichtig, weil es kein reines Landesgesetz ist. Es ist nicht wie in der Schule, bei der die Finanzierung das Land übernimmt, sondern in der Kitalandschaft gibt es eben eine gedrittelte Finanzierung. Deshalb muss man alle mit auf den Weg nehmen.

Zum Thema „Trägeranteile“ bin ich froh und dankbar, dass die Kommunen diese fast 200 Millionen Euro voraussichtlich dauerhaft finanzieren werden. Sie werden es sich in Teilen auch noch einmal anschauen.

Ich will aber auch sagen: Das jetzt so über diese Trägeranteile gesprochen wird, ist auch nicht ganz richtig. Trägeranteile gab es in der Kitafinanzierung schon immer. Die Anteile der Kirchen lagen im GTK mal bei 20 %. Die Anteile wurden damals bei der Einführung des KiBiz durch Armin Laschet abgesenkt, und sie werden jetzt noch einmal etwas reduziert. Es ist nicht so, dass das eine neue Erfindung ist, sondern es ist etwas, das in diesem System schon immer da war. Es gibt eben eine Finanzierung, die auf unterschiedlichen Säulen basiert: Land, Kommunen, Eltern und Träger.

Weil sie eine Eigenfinanzierung machen, haben die Träger auch die Möglichkeit, ein pädagogisches Konzept einzubringen. Das ist in der Schule anders. Da übernimmt das Land 100 %, und das Land gibt auch die Ausrichtung vor. Deswegen ist es, denke ich, auch fair und angemessen, dass es einen fairen Trägeranteil gibt. Darüber kann man streiten, wir haben aber gesagt: Weil es unklar ist, wie die Finanzierung für die Träger aussieht – wir werden ja auch nicht alle Probleme der Träger einzeln lösen können –, werden wir das Gesetz von Anfang an evaluieren und nicht so, wie Sie es gemacht haben, auf die Evaluierung verzichten. Wir werden genau schauen, wie es sich entwickelt, und im Zweifelsfall nachsteuern.

Aber bei den großen Baustellen, die wir vorgefunden haben, muss man sich ja erst einmal auf das Wichtigste konzentrieren. Dazu gehört eine Auskömmlichkeit in der Personalfinanzierung. Und wenn SPD und Grüne sich mal ehrlich machen: In Ihrer siebenjährigen Regierungszeit war es auch so, dass in jeder Anhörung und in jedem Gespräch geschildert wurde, dass es ein Defizit bei der Personalfinanzierung gibt.

Ich bin jetzt seit fast zehn Jahren im Landtag und habe nicht eine einzige Anhörung gesehen – und wir haben uns wirklich alle Anhörungen noch einmal angesehen –, in der irgendeiner der Verbände, Träger, Elterninitiativen oder die Freie Wohlfahrtspflege sich über Sachkosten ausgelassen hätte. Das habe ich nicht mitbekommen. Entweder war ich bei der Anhörung nicht da oder wir haben falsch recherchiert, aber meines Wissens gab es das nicht. Wir haben das zu Beginn des Jahres zur Kenntnis genommen.

Man muss dann aber auch sagen: Natürlich sind 160 Einrichtungen angesichts insgesamt 10.000 Kitas eher ein relativ kleiner Anteil, den man zurate ziehen kann. Ich nehme aber natürlich ernst, was die sagen. Ich bezweifle allerdings, dass es 570 Millionen Euro sind. Und deswegen evaluieren wir, um zu schauen, wie die tatsächliche Lage ist.

Ich bin ehrlich gesagt der Meinung, dass die Freie Wohlfahrtspflege hier etwas überzogen hat. Bei den Personalkosten gab es insgesamt ein Defizit von 12 %, das jetzt aufgefangen wurde. Wenn man bei den Sachkosten diese 570 Millionen Euro ins Verhältnis setzt – ich hoffe, die SPD hat das mal nachgerechnet –, sprechen wir fast über eine Verdopplung der Sachkosten, die den Verbänden auf einmal im Januar und Februar aufgefallen ist. Das mag in einem solchen Prozess alles in Ordnung sein, aber wir müssen uns das in Ruhe anschauen. Ich fände es unseriös, so etwas mal eben aus der Hüfte geschossen zu machen, wenn wir uns ansonsten zwei Jahre Zeit dafür nehmen, mit allen Beteiligten vernünftig zu sprechen und eine saubere Finanzierung aufzustellen. Es muss vernünftig evaluiert werden, um dann zu schauen, wie man es angehen kann.

Eine weitere Sache, die wir so anpassen, dass wir nicht mehr in diese Finanzierungsengpässe hineinlaufen – das wurde durchweg gelobt –, ist eine vernünftige Dynamisierung, die sie sich nicht mehr an 1,5 % oder 3 % orientiert, sondern an den tatsächlichen Kostenentwicklungen. Das heißt, ein Delta, wie wir es jetzt vorfinden, wird es in Zukunft nicht mehr geben. Das hat etwas mit Planungssicherheit und Planungsgarantie für die Träger zu tun und führt dazu, dass diese vernünftig arbeiten können.

Ich habe hier Tausende Zitate vorliegen – von Herrn Dreyer, von Herrn Schenkelberg und von den Wohlfahrtsverbänden – die sagen, dass das für Planungssicherheit und für Garantien sorgt. Im Übrigen gibt es auch Zitate, die darauf abstellen, dass es sehr nah an einer Sockelfinanzierung ist. Das ist allerdings nicht zu 100 % der Fall; Herr Schenkelberg hat ja auch ausgeführt, warum es zu keiner Sockelfinanzierung gekommen ist.

Auch für CDU, FDP und Landesregierung wäre die Sockelfinanzierung übrigens der wünschenswerte Weg gewesen. Warum hat die SPD es damals denn nicht gemacht? – Wenn ihr das mal nachgerechnet hättet, hättet ihr festgestellt, dass es zurzeit nicht mal eben finanzierbar ist oder dass man so sehr viele Ungerechtigkeiten im System organisiert. Die Frage ist dann auch, ob das in eine neue Kitastruktur hineinpasst. Ich glaube, dass die Finanzierung natürlich einerseits auskömmlich ist, aber auch zu einer Verbesserung der Qualität führt.

Ich habe meine Tochter in der letzten Woche von der Kita abgeholt. Da kam die Kitleitung zu mir und sagte, sie sei jetzt erstmalig über das Gesetz informiert worden. Ich glaube daher nicht, dass alle, die damals demonstriert haben, dass Gesetz auch wirklich gelesen haben. Das gab es damals ja auch noch gar nicht – das aber nur als Randbemerkung.

Die Kita wurde also über das Gesetz informiert, und die Leitung hat mir gesagt, sie sei sehr dankbar darüber. 15 Fachkraftstunden mehr bei einer Einrichtung mit zwei Gruppen – das sei exzellent, und damit könne sie wirklich gut arbeiten. Der Gesetzentwurf sei klasse.

Das ist nur eine Rückmeldung, und es gibt auch anderes Feedback. Das bekomme ich auch zu hören, aber ich glaube, dass derjenige, der sich wirklich mit dem Gesetz auseinandersetzt und es durchrechnet, sieht, dass die Lage vielleicht etwas anders aussieht.

Beim Thema „Fachkräfte“ sind wir, denke ich, in der Analyse gar nicht weit auseinander. Ich bin der Meinung, dass man vor ein paar Jahren schon damit hätte anfangen können. Ich habe damals mal in einer Anhörung gesagt, dass wir ein Fachkräfteproblem haben; die Bertelsmann Stiftung hat das damals schon erhoben. Da gab es von der damaligen Ministerin die Aussage, es gebe im Moment keine Priorität bzw. keinen Bedarf, diese Sache anzugehen. Das holt uns jetzt natürlich ein, und deshalb ist es auch ein Verschulden aus der rot-grünen Zeit, dass wir jetzt mehrere Jahre brauchen werden, bis wir den Fachkräftebedarf managen können. Da könnt ihr nicht mit dem Finger auf uns zeigen. Es ist ein strukturelles Versagen, dass sich niemand dieser Problematik angenommen hat.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir jetzt stärker über die Ausbildung diskutieren und auch versuchen, bundesweit Veränderungen auf den Weg zu bringen. Wir setzen erstmalig Anreize dafür, dass mehr ausgebildet wird. Denn die Verantwortung hat jeder – egal ob kommunal, kirchlich oder Elterninitiativen. Es muss jetzt ausgebildet werden, und deshalb ist das, was hier nun steht, richtig.

Und wenn man mal ehrlich über Qualität spricht: Leitungsfreistellungen, Verfügungszeiten und Ähnliches stehen nun präzise im Gesetz, und das ist ein riesiger Schritt nach vorne. Natürlich würden wir und würde jeder andere sich noch mehr wünschen, aber man muss auch im realisierbaren Rahmen bleiben. Ich meine, diese 10 % sind ein sehr guter und richtiger Schritt. Das ist schon einmal viel mehr als das, was die Einrichtungen jetzt überhaupt haben. Wir kommen also wirklich voran.

Wir stärken auch die Fachberatung. Das ist ein extrem wichtiger Punkt. Was das Thema „Qualität“ angeht, können wir hier einen großen Akzent setzen.

Zum Stichwort „Tagespflege“ ist bereits einiges gesagt worden. Ich will nur noch auf die Situation mit den Verträgen eingehen, die vorhin angesprochen wurde. Wir haben bei der „kleinen“ Tagespflege von acht auf zehn und bei der Großtagespflege maximal und unter gewissen Voraussetzungen von neun auf zehn erhöht. Da gibt es eine Abstimmung mit dem Jugendamt, und das ist ja keine Willkür, sondern es muss in dem Verfahren vor Ort mit allen Beteiligten abgestimmt werden. Gleichzeitig heben wir die

Qualitätsstandards an, und die Ausbildungsstandards werden angepasst. Jeder muss entsprechende Nachweise erbringen.

Bei der Großtagespflege haben wir aktuell allerdings die Situation vorgefunden, dass diese Einrichtungen, wenn man es nicht anpasst, teilweise vor der Insolvenz stehen bzw. sie können nicht mehr aktiv werden. Wenn von neun Kindern, die dort betreut werden, eines aufhört, weil es den Wohnort wechselt, hat eine Großtagespflege finanzielle Schwierigkeiten und steht eventuell kurz vor dem finanziellen Aus. Bei zwei Personen, die dort betreuen, kann man, wenn man es mit der einfachen Tagespflege ins Verhältnis setzt, ruhigen Gewissens nach oben gehen – insbesondere, wenn das Jugendamt mitspielt.

Und ich will anmerken: Wenn wir das, was wir, Frau Paul, gestern Abend diskutiert haben – mehr Vereinbarkeit von Familie, Kind und Beruf sowie Flexibilität –, hinbekommen wollen, dann wird das auch nur mit der Tagespflege gehen. Deswegen muss man dort die Rahmenbedingungen gestalten – allerdings immer unter dem Gesichtspunkt des Kindeswohls, welches immer im Vordergrund steht. Wir wollen ja nicht, dass mehr Kinder gleichzeitig oder zu längeren Zeiten betreut werden, sondern wir wollen nur, dass in gewissen Ausnahmefällen die Möglichkeit besteht, mehr Verträge zu nehmen, um aktiv werden zu können.

Das Thema „Sprachförderung“ wurde heute meines Erachtens zu wenig angesprochen. Wir haben im Parlament schon häufig darüber diskutiert. Meines Erachtens war die Idee damals, als „Delfin 4“ einführt wurde, richtig. In der Umsetzung hat es tatsächlich massive Probleme gegeben, sodass die rot-grüne Regierung eine Veränderung vorgenommen hat, die auch in der gesamten Szene anerkannt ist und die wir fortsetzen. Ich will aber sagen, dass die Einrichtungen, was die Finanzierbarkeit angeht, natürlich an ihre Grenzen stoßen. Dass wir nun aufwachsend mehr Geld dort hineingeben – mindestens bis zu 35.000 Euro pro Einrichtung –, ist eine Vervielfachung von dem, was bislang im System ist. Das ist eine deutliche Qualitätsverbesserung. Und wenn man dann über Chancengerechtigkeit spricht, ist das der zentrale Punkt, was das Thema „Sprachförderung“ angeht.

Zur Flexibilisierung will ich vielleicht auch sagen: Ich wundere mich ein bisschen über das Verhalten der SPD, die einerseits sagt, der Arbeitsmarkt müsse sich radikal verändern, auf der anderen Seite hat sie aber kürzlich noch Pressemitteilungen herausgegeben, laut denen wir auch in der Betreuung mehr Flexibilität brauchen. Ich habe eigentlich immer gedacht, wir hätten hier einen grundsätzlichen Konsens darüber, dass der effizienteste Weg, um Kinderarmut zu bekämpfen, ist, Menschen in Arbeit zu bekommen und zu halten. Das größte Risiko in unserem Land, in die Armutsfalle zu geraten, hat man, wenn man weiblich und alleinerziehend ist. Was ist also der beste Weg, um genau diesen betroffenen Personen zu helfen? – Eine gute Kinderbetreuung und ein flexibles Angebot dahinter, sodass der Beruf wahrgenommen werden kann.

Wir werden nicht mal eben jeden Beruf verändern können. Egal ob im Krankenhaus, im Einzelhandel oder in anderen Bereichen – es gibt nun einmal Situationen, in denen Menschen so arbeiten müssen, dass wir eine flexible Kinderbetreuung benötigen. Genau das machen wir jetzt.

Und ich will noch einmal deutlich sagen: Wir wollen keine 24-Stunden-Kitas, wir wollen keine Betreuung von Kindern, die 14 Stunden lang in einer Einrichtung sind. Das steht ja auch im Gesetz. Ganz im Gegenteil geht es um das, was wir vor ein paar Jahren gemeinsam festgestellt haben: es so zu verändern, dass nicht nur 4 % der Einrichtungen nach 17:00 Uhr geöffnet haben, sodass man das Kind auch mal um 17:30 Uhr oder um 18:00 Uhr abholen kann. Es kommt dann natürlich auch später in die Einrichtung. Oder man kann das Kind morgens auch mal eine halbe Stunde später zur Kita hinbringen.

Wir wollen dafür sorgen, dass genau das möglich ist. Das machen wir nicht mit der Gießkanne seitens des Landes, sondern das wird vor Ort in einer vernünftigen Bedarfsanalyse festgestellt.

Ich hätte mir auch vor Jahren schon gewünscht, dass man vor Ort in der kommunalen Landschaft eine saubere Bedarfsanalyse macht, um herauszufinden, wie die Bedarfe der Eltern aussehen. Es gibt einige Kommunen, die das sehr gut machen. Andere machen es faktisch gar nicht, sondern sie machen es nach Bauchgefühl. Wir schreiben nun erstmalig ins Gesetz hinein, dass genau das stattfindet.

Zum Thema „Beitragsfreiheit“: Jeder hier im Raum möchte gerne, dass wir die Beitragsfreiheit für alle Kitajahre hinbekommen. Politisch ist das von allen dasselbe Ziel. Das kostet allerdings Pi mal Daumen 1 Milliarde Euro, die wir aktuell im Haushalt nicht haben. Wir haben für ein paar Jahre die Mittel vom Bund, die noch nicht einmal verstetigt werden. Danach geht das Land in Haftung, weil ihr das ja immer noch nicht hinbekommen habt.

Wir haben deshalb gesagt, dass wir in der Systematik, die das Gesetz bislang vorsieht, das vorletzte Beitragsjahr ebenfalls freistellen. Eine Veränderung in die andere Richtung wäre, glaube ich, gesellschaftlich und politisch unklug. Das hätte man damals bei der Einführung des letzten beitragsfreien Jahres machen müssen, es wurde damals aber von den Grünen und von der SPD anders entschieden. Wir gehen in der Systematik jetzt weiter. Unter dem Strich bringt das allen Eltern etwas, und es ist natürlich gerade für mittlere und hohe Einkommen – die Leistungsträger unserer Gesellschaft – eine Entlastung. Deshalb kann man für diesen Punkt, denke ich, auch gut argumentieren.

Unter dem Strich haben wir also eine ganz große Problemlage über alle Bereiche der frühkindlichen Betreuung hinweg vorgefunden, und wir machen uns jetzt in allen Bereichen daran, Lösungen vorzulegen. Wir wissen genau, dass das jetzt natürlich noch nicht der letzte Schritt ist, aber mit den finanziellen Möglichkeiten, die wir im Moment haben, und den Möglichkeiten, auch die anderen Player mit ins Boot zu holen, gehen wir nun einen riesigen Schritt voran.

Wir werden uns in den nächsten zwei Jahren ansehen, was gut und was schlecht läuft, und entsprechend nachkorrigieren. Meiner Meinung nach ist das seriöses Handeln. Und wenn beispielsweise die Träger und Verbände so erzürnt gewesen wären, dann wären sie vielleicht auch mal bei einer Veranstaltung wie dieser hier heute dabei, um einzuordnen, wie so ein parlamentarisches Verfahren läuft. Ich habe den Eindruck, dass das alles sehr stark aufgebauscht wurde und dass es jetzt, wo klar ist, in welche

Richtung es läuft – bis auf die Nachjustierungen, die wir vornehmen –, ein wirklich großer Schritt nach vorne ist. Ich freue mich daher auf die Debatten in den nächsten Wochen und dann auch darauf, das Verfahren zum Abschluss zu bringen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ich möchte darauf hinweisen, dass wir für den 21. November eine zusätzliche Sitzung vereinbart haben und es heute eigentlich ausschließlich um die Auswertung der Anhörung gehen soll. Um 13:00 Uhr müssen wir den Saal verlassen.

Jede Fraktion hat nun umfangreich Zeit gehabt, Stellung zu nehmen. Ich würde die Runde, die jetzt noch kommt, wirklich bitten, die Zeit etwas im Auge zu haben. Ansonsten müssten wir noch eine weitere Sondersitzung machen.

Wir werden uns am 21. November noch einmal hinreichend Zeit nehmen können, zu diskutieren, und deshalb würde ich bitten, sich nun vor allen Dingen auf die Anhörung zu konzentrieren.

Jens Kamieth (CDU): Danke für den Hinweis, Herr Vorsitzender. Üblicherweise ist es tatsächlich so, dass wir in der Ausschusssitzung nach der Anhörung auswerten und in der übernächsten Sitzung relativ schnell zur Abstimmung kommen. Aber ich nehme den Hinweis natürlich gerne an.

Nachdem Marcel Hafke vieles von dem, was als Gegenrede an mich gerichtet wurde, bereits angesprochen hat, will ich einige Dinge für die CDU-Fraktion noch pointieren.

Wenn ich mir vor Augen führe, mit welcher Bissigkeit die Fraktionen der Grünen und der SPD zum Teil ihre Kritik vorbringen, dann kann ich mir das nur so erklären, dass wir hier im Moment auf der Zielgeraden sind. Nach etwa zweieinhalb Jahren sind wir auf der Zielgeraden eines Gesetzes, das wirklich sehr tief in die Kinderbildungslandschaft eingreifen wird. Das haben Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, nicht hinbekommen.

Natürlich wäre es an dem einen oder anderen Ende schön gewesen, noch etwas mehr für die eine oder andere Interessensvertretung zu tun, aber wir haben es ja zum Teil mit diametral entgegenstehenden Interessen zu tun. Wenn ich mir einerseits die Elternverbände und Unternehmer ansehe, die mehr Flexibilität und Beitragsfreiheit haben wollen, und auf der anderen Seite die Träger bzw. die Leitungen und Erzieherinnen, die eine klare Arbeitszeit und klare Anwesenheitszeiten von Kindern haben wollen, dann widerspricht sich das eigentlich weitgehend.

Vor diesem Hintergrund, liebe Josefine Paul, fand ich gerade deine Kritik bzw. die Art deiner Ausführungen völlig unangemessen. Den aktuellen demografischen Umfragen zufolge bist du Oppositionsführerin. Das ist dann vielleicht auch eine etwas größere Verantwortung. Du hast mir in vielen Punkten einfach das Wort im Mund herumgedreht. Das finde ich unangemessen. Ein Stichwort ist, ich hätte die Sachkosten abgeräumt und für erledigt erklärt. Das habe ich nicht. Wenn du mir genau zugehört hättest: Ich habe ausdrücklich gesagt, dass wir bei dem ...

(Josefine Paul [GRÜNE]: So wie du mir zugehört hast! – Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

– Offensichtlich kannst du mir noch nicht einmal zuhören, wenn du nichts anderes machst.

Ich habe ausdrücklich gesagt, dass wir an diesem Punkt im Gespräch mit den Trägern bleiben müssen – vor allen Dingen, wenn die mal etwas Fleisch an den Knochen bringen und ihre Zahlen belegen. Das habe ich ausdrücklich gesagt.

Marcel hat eben auch noch viel zu den Sachkosten gesagt, deshalb will ich das nicht noch einmal wiederholen.

Dann hieß es, dass wir das Bündnis „Mehr Große für die Kleinen“ nicht wahrgenommen hätten. Das Gegenteil ist der Fall: Wir haben zwei Gespräche geführt, von denen eines wirklich sehr konstruktiv war. In dem haben wir auch Ideen aufgenommen und geprüft.

Und wenn du dir die Entwicklung des Gesetzes ansiehst: Wir können belegen, dass es beispielsweise bei der Frage, wie flexibel Stundenkontingente genommen werden, eine Entwicklung im Gesetz gibt. Arbeitet das bitte noch einmal nach. Wir sind da insbesondere auch auf Vorstellungen der Erzieherinnen und Erzieher eingegangen. Wir haben das ernst genommen und das Gesetz an diesem Punkt tatsächlich auch weiterentwickelt.

Dann zu den 80.000 Erzieherinnen und Erziehern: Das ist natürlich ganz klar eine Hausnummer, aber die Motivation, auf die Straße zu gehen, resultiert doch vor allem aus dem Status quo. In den Dutzenden Gesprächen und Vorträgen, die ich gehalten habe, wurde immer gesagt: Ich komme gerade aus der Kita und war heute allein mit 25 Kindern. – Ja! Heute!

Wir reden jetzt aber über den Zustand, der im August des nächsten Jahres beginnt. Das, was heute da ist und die Leute heute auf die Straße bringt, ist euer Verschulden. Das ist die völlig unzureichende Finanzierung, die Rot-Grün über Jahre zu vertreten hat. Da kann ich die Wut, die Enttäuschung und das fehlende Zutrauen der Erzieherinnen und Erzieher in die Politik nachvollziehen, wenn ich mir ansehe, was Rot-Grün in sieben Jahren gemacht hat.

Ich bin gespannt, wie es vielleicht schon im nächsten Jahr um diese Zeit aussehen wird. Wir haben unsere Gesprächsbereitschaft immer wieder dokumentiert und zu erkennen gegeben. Marcel Hafke hat auch noch einmal auf die Notwendigkeit hingewiesen, zu evaluieren, und das werden wir auch tun.

Lieber Dennis Maelzer, vielleicht noch ein Satz zu dir: Es fordern nun diejenigen am lautesten die Sockelfinanzierung, die über Jahre durch ihre Untätigkeit die Verantwortung für die finanzielle Schräglage der Träger haben. – Dabei will ich es bewenden lassen.

Ich freue mich, dass es jetzt wirklich vorangeht und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich habe ja die implizierte Aufforderung des Vorsitzenden verstanden, dass wir etwas schneller machen sollen, aber ich fürchte, man muss dann doch mit ein paar Missverständnissen aufräumen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ich habe nur vorsichtig darauf hingewiesen, dass um 13:00 Uhr Schluss ist.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Zu Herrn Kamieth – er kann es dann ja im Protokoll nachlesen – möchte ich sagen: Wenn man davon ausgeht, dass diese Reform zusätzliches Personal in den Kitas bindet, dann muss man ja erst einmal fragen, woher es denn kommen soll. – Ich meine jetzt nicht den Fachkräftemangel, sondern auch, wie man das Ganze finanziell hinterlegt.

Das, was Sie uns als Qualitätsverbesserung verkaufen, ist das Schließen der KiBiz-Lücke, bei der Sie uns vor zwei Jahren hier im Ausschuss schwarz auf weiß auf den Tisch gelegt haben, sie sei längst geschlossen. Man kann aber nicht mit dem gleichen Geld, das im Status quo schon vorhanden ist, zusätzliches Personal finanzieren. Darum wird sich für die allermeisten Einrichtungen am Status quo relativ wenig ändern, und darum werden die Rückmeldungen, die Sie auf Ihren Veranstaltungen – wenn Sie danach noch welche machen – erhalten, nach dieser KiBiz-Fortschreibung nicht großartig anders sein.

Bei Marcel Hafke waren durchaus Punkte dabei, die mich positiv stimmen. Das erste, was mich positiv stimmt, ist die Ankündigung, dass es Änderungsanträge geben soll. Das freut mich schon einmal sehr. Allerdings: Nach der Debatte, die wir heute geführt haben, scheinen die Änderungsanträge nicht in dem Bereich zu liegen, bei dem die Akteure den Finger in die Wunde gelegt haben. Denn diese Kritik haben Sie ja unisono zurückgewiesen.

Ich freue mich auch sehr, dass Sie gesagt haben, dass Sie hinsichtlich der Flexibilität nicht mehr über 24-Stunden-Kitas sprechen. Das war ja ein großes Mantra, welches auch der Minister gerade in seinen ersten Regierungserklärungen stark vor sich hergetragen hat. Wir können, denke ich, erkennen, dass in der Praxis die Rolle, die 24-Stunden-Kitas einnehmen müssten, deutlich überschätzt ist. Wenn die FDP sagt, dass sie diesen Weg nicht weiterverfolgen will, finde ich das erst einmal positiv.

Was ich weniger positiv finde, ist, bei der Flexibilität in der Tat nur auf die Rolle von Kitas und die Aufgaben der Eltern abzustellen. Das ist der Unterschied zur SPD: Wir sagen, dass wir natürlich ein Kitasystem mit mehr Flexibilität brauchen, das auch Randzeitenbetreuung ermöglicht, aber das entbindet doch nicht die Arbeitgeberseite davon, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um einen flexibleren Arbeitsmarkt für Familien zu ermöglichen. Es entbindet auch uns als Gesetzgeber nicht davon, die vernünftigen Rahmenbedingungen dafür zu setzen.

(Marcel Hafke [FDP]: Das schreiben wir ja nicht ins KiBiz!)

Und ich finde es extrem schade, dass die FDP bei dieser Frage die eine Seite immer komplett ausblendet und nur die andere Seite thematisiert.

Dann hast du, lieber Marcel Hafke, gesagt, die Trägeranteile würden reduziert. Das hast du im Zusammenhang mit den Kirchen erwähnt. Sie werden aber nur auf dem Papier reduziert. Der Prozentwert wird reduziert. Aber in Euro und Cent ist es dasselbe wie zuvor. Deshalb ergibt sich daraus kein Vorteil oder ein größerer Handlungsspielraum für die Träger. Das hat in Euro und Cent für die Träger keine Verbesserung zur Folge.

Wenn man nun auf 10 % Verfügungszeiten und auf die Leitungsfreistellungen mit 5, 7 und 9 Stunden abhebt, was in der Praxis auch sehr gering bemessen ist, muss man aber doch auch sagen, dass das nicht on top kommt. Das muss doch aus dieser Pauschale heraus finanziert werden. Wenn das Hemd zu kurz ist, dann nützt es nichts, den Trägern zu sagen, über welcher Schulter sie es denn bitte tragen sollen.

Insgesamt gibt es also meiner Meinung nach noch einen grandiosen Veränderungsbedarf im gesamten System. Und wenn dann gesagt wird, eine Sockelfinanzierung könne zu mehr Ungerechtigkeit führen, dann muss man doch auch sagen, dass dieses System der Kindpauschalen zu den allergrößten Ungerechtigkeiten in diesem System führt. Denn Pauschalen sind nun einmal Pauschalen und stellen nicht auf die jeweiligen Gegebenheiten in den Einrichtungen vor Ort ab. Sie berücksichtigen eben nicht die Personalsituation und die tarifliche Eingruppierung vor Ort. Dieses Problem würde durch ein System der Sockelfinanzierung deutlich minimiert werden. Das bestätigen alle Fachleute, und das sollte man nicht so einfach wegre-den.

Josefine Paul (GRÜNE): Lieber Jens Kamieth, ich glaube, es zeugt ein bisschen von Angeschossensein, wenn rhetorisch mit „linkspopulistisch“ und „fehlendes Zutrauen in Politik“ schon relativ große Kaliber aufgefahren werden.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Die Linkspopulisten sind immer noch wir!)

– Ja, das hat er euch unterstellt und uns gemeinsam die Verantwortung für fehlendes Zutrauen in die Politik.

Das ist vielleicht ein bisschen mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Vielleicht fühlt ihr euch ein bisschen zu sehr getroffen von dem, was wir an Kritik vorgetragen haben – Kritik, die auch in der Anhörung vorgebracht wurde.

Ich will noch auf ein paar Punkte eingehen, bei denen ich glaube, dass wir nicht immer unbedingt von denselben Dingen sprechen. Marcel Hafke, ich habe weder die kommunalen Anteile infrage gestellt noch die Trägeranteile. Aber ich habe durchaus darauf hinweisen wollen, dass sich bei beiden Anteilen – freiwillige zusätzliche Beiträge, die die Kommunen übernehmen, sowie die freiwillige Übernahme der Trägeranteile – die kommunale Belastung gegenüber der aktuellen Situation noch einmal deutlich verschärft bzw. die 200 Millionen Euro können tatsächlich nicht mehr reduziert werden. Anfangs habt auch ihr immer gesagt, dass die 200 Millionen Euro dann ja wegfallen können. Irgendwann war dann im Ministerium aber mal jemand so schlau, nachzuschauen, und es wurde deutlich, dass man die KiBiz-Mittel nicht für den Trägeranteil nutzen darf. Und es ist ja auch logisch, dass man diese Mittel nicht für Trägeranteile nutzen kann.

(Marcel Hafke [FDP]: Nein, nein!)

– Doch, das habt ihr hier im Ausschuss immer so gesagt. Wir können ja noch einmal alle Protokolle durchgehen. – Geschenkt, aber darum geht es.

Diese Problematiken löst das Gesetz nicht, und das geht zulasten der Kommunen. Ich will darauf hinweisen, dass von der Reform, bei der die regierungstragenden Fraktionen immer von der weltbesten Bildung sprechen, ohne die Kommunen nichts umzusetzen wäre. Sie sind eine tragende Säule, um die Defizite aufzufangen, die in diesem Gesetzentwurf nach wie vor bestehen.

Zum ehemaligen Koalitionspartner: Wenn man schon davon spricht, sich ehrlich zu machen, dann geht es aus unserer Sicht bei der Beitragsfreiheit darum, wie man den Einstieg organisiert. Ich bin schon einigermaßen überrascht, dass SPD und FDP sich offenbar gemeinsam im Gießkannenmodus befunden haben.

Marcel Hafke hat gerade gesagt, dass es richtig ist, es so zu machen; das sei eine Entlastung für die Leistungsträger der Gesellschaft. Ich kannte die SPD bislang immer so, dass sie sich für die Schwächeren der Gesellschaft stark machen wollte. Das passiert natürlich mit einem pauschalen beitragsfreien Jahr nicht in der aus meiner Sicht angemessenen Differenziertheit und auch nicht unbedingt in kommunalfreundlicher Art und Weise. Denn die Kommunen haben sehr deutlich gemacht, dass es bei diesem Flickenteppich bleibt und dass sie es sich durchaus anders gewünscht hätten.

(Marcel Hafke [FDP]: Die wollten das genau so!)

– Nein, Herr Schenkelberg hat auf meine Frage gesagt – so steht es im Protokoll –, dass Sie so Salz in die Wunde streuen. Offensichtlich hat man sich dort nicht einigen können.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Hätte ja mal einen Vorschlag machen können!)

Das hat natürlich auch etwas damit zu tun, dass man schneller fertig werden wollte. Mir ist durchaus klar, dass das Umstellen auf eine landeseinheitliche Beitragstabelle komplizierter gewesen wäre. Nichtsdestotrotz bleibt es dabei, dass es sozial gerechter und kommunalfreundlicher gewesen wäre, das zu tun. Sie haben sich anders entschieden, und das ist eine politische Entscheidung, die man treffen kann. Aus unserer Sicht war sie aber falsch.

Und zur qualitativen Weiterentwicklung: Welche qualitativen Leitplanken werden in dem Gesetz denn formuliert? Ja, das mit der Leitungsfreistellung ist wichtig. Es geschieht zwar nicht in ausreichendem Maße, aber es ist ein Einstieg. Dasselbe gilt für die Freistellungszeiten für sonstige Tätigkeiten, wobei Marcel Hafke darauf hingewiesen hat, dass auch das aus dem ohnehin schon zu kleinen Stück herausgeschnitten werden muss. Aber die Frage nach der Fachkraft-Kind-Relation, die Frage nach einer wirklich an den Realitäten angelehnten Personalbemessung und auch die Frage der Gesundheitsförderung nicht nur für die Kinder, sondern auch für das Personal – die komba-Gewerkschaft hat das deutlich gemacht – werden in dem Gesetzentwurf nicht angesprochen. Das wären Dinge, die man weiterentwickeln müsste.

Denn es geht ja nicht nur darum, Fachkräfte neu zu gewinnen, sondern es geht auch ganz dringend darum, dass wir durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen die

Fachkräfte im System halten müssen. Wir haben hohe Krankenstände, wir haben eine hohe Drop-out-Quote, und wenn man regieren will – ich sehe, das Jens Kamieth schon wieder darauf anspielen will, wessen Versäumnis es denn gewesen sei – und wenn man gewählt wird, um zu regieren, dann hat man auch die Verantwortung dafür, die Dinge zu verbessern, für die man angetreten ist.

(Volkan Baran [SPD]: Richtig!)

Deshalb ist es jetzt eure Reform und eure Verantwortung – auch und gerade für das Personal –, die Verbesserungen wirklich anzugehen und umzusetzen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken. Das Thema ist wirklich spannend und unheimlich wichtig. Ich habe hier schon ganz andere Auseinandersetzungen erlebt, von daher war das heute eine relativ sachliche Diskussion. – Zum Abschluss hat Herr Staatssekretär Bothe noch das Wort.

StS Andreas Bothe (MKFFI): Ich bedanke mich ebenfalls für diese überaus sachliche Diskussion und auch für den auch hier wieder gefühlten familienpolitischen Konsens – jedenfalls die Maßnahmen im Bereich der Personalkosten betreffend. Ich glaube, auch hier ist anerkannt worden, dass Maßnahmen vorgesehen sind, die eine Wirkung haben werden.

Auf Ihre Frage im Anschluss an die Anhörung, Herr Dr. Maelzer, ob denn auch die Landesregierung Veranstaltungen besuche: Ja, das tun wir – erst gestern Abend wieder. Wir gehen auch in den Sozialraum. Wir waren gestern Abend auf einer Veranstaltung im Kölner Süden, in Rodenkirchen, und haben dort viel Zuspruch erhalten – übrigens auch für das Kita-Träger-Rettungspaket. Die Mittel sind angekommen, was uns bei dieser Gelegenheit ausdrücklich bestätigt wurde. – Eingangs hörte ich nämlich auch etwas von Luftbuchungen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das hat doch nie jemand bestritten!)

Wenn die Mittel in Lippe nicht angekommen sein sollten, müssten wir das vielleicht bilateral noch einmal klären.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ich habe gesagt, dass Sie die Mittel im Schattenhaushalt geparkt haben!)

– Jedenfalls ist das Geld angekommen. Das ist doch erst einmal die Hauptsache. Das ist ausdrücklich bestätigt und anerkannt worden.

Dann möchte ich aus Sicht der Landesregierung noch darauf hinweisen, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung nicht etwas gegen die Kommunen ist, sondern er ist gemeinsam mit den Kommunen entstanden. Allein die 750 Millionen Euro, die Sie als Haushaltsgesetzgeber in die Hand nehmen werden, um die dauerhafte Auskömmlichkeit herbeizuführen, teilen sich Land und Kommunen je zur Hälfte. Das ist aus Sicht der Kommunen und auch aus Sicht des Landes überobligatorisch; denn nach der üblichen Finanzierungssystematik im KiBiz-Bereich hätten wir auch die Eltern und Träger mit 19 % bzw. im Schnitt 11 % beteiligen können. Das tun wir nicht, und auch das ist

eine Maßnahme zur Entlastung der Träger und Eltern. Ich finde, das muss man auch anerkennen.

Im Bereich der Maßnahmen im Personalbereich ist auch die Leitungsfreistellung anerkannt worden. Hier ist eine Zahl genannt worden, nach welcher wir 30 % Leitungsfreistellungen bräuchten. Diese Zahl habe ich so noch nicht gehört. Ich meine, die Bertelsmann Studie kommt zu einem Ergebnis von immerhin 25 %. Wir machen jetzt den Einstieg.

Dann habe ich ganz viel von Lücken und Löchern im Bereich der Sachkosten gehört. Ich kann das nicht abschließend beurteilen. Wenn es so wäre, wären es jedenfalls vorgefundene Lücken und Löcher. Sie werden ja nicht ernsthaft behaupten wollen, dass wir diese Lücken und Löcher gerissen hätten. Sollte es diese Lücken und Löcher geben, hätten wir sie vorgefunden. Wir werden uns mit der Frage, ob es diese Lücken und Löcher gibt, ernsthaft auseinandersetzen, und zwar im Rahmen der dafür vorgesehenen Evaluierung.

Ich bin abschließend sehr gespannt auf die Änderungsanträge sowohl der Koalitionsfraktionen als auch der Oppositionsfraktionen. Ich bin auch gespannt, ob sich die Änderungsanträge in dem Tableau der zur Verfügung stehenden Mittel von 1,3 Milliarden Euro halten oder ob man schlicht darüber hinausgeht. Es ist dann natürlich ziemlich einfach und intellektuell vielleicht auch nicht so anspruchsvoll, noch dieses und jenes zu fordern – am besten bei vollkommener Beitragsfreiheit. Jedes weitere elternbeitragsfreie Jahr kostet mindestens 200 Millionen Euro. Wenn Ihre Änderungsanträge in diese Richtung gehen sollten, bin ich jedenfalls auch auf die Antwort gespannt, wie das alles finanziert werden soll.

Wir haben als Landesregierung jedenfalls das Ziel, keine verfassungswidrigen Haushalte vorzulegen. Da haben andere Finanzminister eigene Erfahrungen machen dürfen, die wir nicht wiederholen wollen. Man kann und muss sich immer über Änderungen unterhalten, aber deshalb wage ich mal die Prognose, dass im Zweifel nicht mehr als diese 1,3 Milliarden Euro jährlich zusätzlich zur Verfügung stehen werden. Das muss man dabei vielleicht auch berücksichtigen.

Ich danke, wie gesagt, noch einmal für die sachliche Diskussion. Ich habe mal vom Parteienforscher Korte gehört, dass die Opposition die Aufgabe habe, der Regierung zu helfen. Das ist nicht mein Staatsverständnis, aber trotzdem ist die eine oder andere Anmerkung natürlich auch hilfreich. Wir werden alles prüfen und darauf zurückkommen, wenn wir am 21. November die nächste Sitzung zu diesem Thema haben werden.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Wir haben in der Tat am 21. November die nächste Sitzung, bei der wir eine Abstimmung in Faktionsstärke vereinbart haben; denn genau wie am 5. Dezember finden Parteitage von CDU und SPD statt.

Natürlich wird auch der regelmäßige Bericht zum Fall „Lügde“ auf der Tagesordnung stehen, und da wir in diesem Jahr nur noch diese beiden Sitzungen haben werden, werde ich die Tagesordnung wie gewohnt gestalten. Wir hoffen, dass wir mit den Themen dann bis zum Jahresende durchkommen.

